

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.

Druck, Verlag und Briefadresse: Zauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 118

Sonnabend, den 6. Oktober 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Ein Ereignis, das zunächst nur auf wirtschaftlichem Gebiet zu liegen scheint, zweifelt aber von weittragenden politischen Auswirkungen begleitet sein dürfte, ist der Abbruch der Londoner Delverhandlungen. Nachdem vor einiger Zeit die führenden Persönlichkeiten der belandisch von jeher in scharfen wirtschaftlichen und politischen Kampf liegenden amerikanischen und englisch-holländischen Petroleumproduzenten sich darauf geeinigt hatten, den für beide Seiten auf die Dauer ruinösen Preiskampf einzustellen und eine Einigung über die Preise von Öl und Delverdaten herbeizuführen, sind beide Gruppen gemeinsam in entsprechende Verhandlungen mit dem dritten großen Konkurrenten auf dem Gebiet der Petroleumproduktion, mit Rußland, eingetreten. Diese Verhandlungen, die sich zunächst recht günstig anließen, sind nunmehr gescheitert. Der Grund für dieses Mißgeschick ist darin zu suchen, daß die amerikanische und die englisch-holländische Gruppe von den Russen als Ersatz für die von den Sowjets beschlagnahmten und nationalisierten, früher im Besitz der erigenannten Gruppen befindlichen Oelfelder in Rußland, einen Erlaß von 5 Prozent veranlangten, den zu leisten die Petroleumproduzenten nicht bereit erklärten. Kam diese Form der Ersatzforderung bereits einem Sieg der amerikanischen über die englisch-holländische Auffassung gleich, so involviert die Ablehnung dieses verhältnismäßig zurückhaltenden Ersatzanspruches durch Rußland eine Annäherung der englisch-holländischen und der amerikanischen Gruppe, die, wenn sie auch für ihren früheren Besitz in verschiedener Form und in verschiedenem Maße entschädigt werden möchten, so doch in dem Prinzip eines Ersatzanspruches einig sind. Bei der großen Macht, die die Petroleumindustrie bekanntlich in der internationalen Presse wie in der internationalen Politik ausübt — hat mancher Orten das alte lateinische Wort „Non olet“ (es riecht nicht) heutzutage in der modernen Form „non petrolet“ umgewandelt — bedeutet eine solche Annäherung, die schon offiziell angebahnt wird, Erörterung der neuerlichen Annäherungsversuche Rußlands an Amerika und größere Aussichten für die von England gewünschte antitrustische Front.

Es ist gar nicht einmal ausgeschlossen, daß der Besuch Wladimir's in Butare — der zwar offiziell trotz des rumänisch-polnischen Bündnisses nur als reine Privatreise gilt — schon mit solchen neuen Entzweigungsplänen gegen Rußland zu tun hat.

Daß eine solche neue Entzweigung auf alle augenpolitischen Probleme nicht gerade günstig zurückwirken dürfte, liegt auf der Hand, und man wird insbesondere auch die Räumungen und die mit ihnen in engem Zusammenhang stehenden Reparationsabmachungen, die langsam in Fluß kommen, und bei denen das englisch-amerikanische Verhältnis naturgemäß eine große Rolle zu spielen berufen ist, mit doppelter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Denn sowohl die von Paris ausgehenden Gerüchte über die in Zahreskapellen geplante Mobilisierung einer Reparationskommission der Wahrheit entsprechen, läßt sich nur schwer übersehen, wieweil sich man schon jetzt kann, daß die in diesem Zusammenhang genannte Summe von 40 Milliarden für Deutschland indubitable erzieht.

Angedächtes dieser und anderer schwerer Probleme, vor deren Entscheidung und Lösung sich die deutsche Zukunft stellt, wird ein Störmann von Stabilität und Kontinuität in der Führung der deutschen Regierungswirtschaft von größter Wichtigkeit sein. Die Koalitionsverhandlungen in Preußen, die von der Deutschen Volkspartei entsprechend den Forderungen des Ministerpräsidenten Braun in gelegentlicher der letzten Kabinettbildung in Gang gebracht und hinführen nicht zuletzt unter diesem Gesichtswinkel besonderes Interesse beanspruchen. So günstig nach dem Urteil parlamentarischer Kreise auch die Aussichten für die Durchführung dieser Verhandlungen liegen, ist es doch nicht zweifellos, daß sie vor dem Zusammentritt des Reichstags zu Ende gebracht werden.

Darum ändert auch nichts die Tatsache, daß die Finanzministerien der Haltung der deutschen Delegation in Genf ihre Zustimmung gegeben hat. Das mag die Stellung der Regierung für den Augenblick stärken, aber es kann den Gang der Ereignisse nicht beeinflussen. In diesem Zusammenhang mag noch daran erinnert werden, daß die Deutsche Volkspartei, und zwar sowohl Reichstags- als auch Preussische Landtagsfraktion, auf Grund des bekannten Statutensatzes in § 11 Abs. 1 ihre Mitglieder aus dem Stahlhelm zurückgeworfen haben.

Gegenüber den Streitigkeiten in den Parteien war die Einmütigkeit, mit der das ganze deutsche Volk die Fahrten des Zeppelein-Luftschiffes verfolgt hat, ein erfreuliches Zeichen. Man darf die Wirkung im Ausland nicht unterschätzen, wenn das „Zeppelein“ von seinem Amerikaner fährt antritt, und diese Wirkung wird um so stärker sein, je mehr das Ausland fühlt, in welchem Maße die Gesamtheit des deutschen Volkes hinter Großtaten seiner produktiven Wirtschaft steht.

Preußens Konfordat-Verhandlungen.

Eine amtliche Erklärung.

— Berlin, 5. Oktober.

In der Presse sind wiederum, wie schon in früherer Zeit, Nachrichten über den bevorstehenden Abschluß von Konfordats-Verhandlungen des preussischen Kultusministers Dr. Wedder mit dem orthodoxen Nuntius Wac-

celli in Berlin gebracht worden. Von amtlicher preussischer Seite ist jetzt zu diesen Verhandlungen eine Erklärung abgegeben worden, die folgenden Wortlaut hat.

In letzter Zeit sind von verschiedenen Seiten Nachrichten in die Presse gelangt, die von einem Abschluß der zwischen dem Kultusminister und dem hiesigen apostolischen Nuntius geführten Verhandlungen und von der Fertigstellung einer Konfordatsvorlage wissen wollen. Diese Nachrichten sind offenbar im Zusammenhang mit den parlamentarischen Erörterungen über die Erweiterung der Preußen-Koalition entstanden. Die preussische Staatsregierung hat durch den Minister Dr. Wedder bereits wiederholt im Landtag erklärt, daß es gerade vom Standpunkt der Nationalen Interessen aus zu begrüßen ist, daß das Vertragsverhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche gemäß den durch die Reichsverfassung geschaffenen veränderten staatsrechtlichen Verhältnissen neu zu regeln. Die hiesiger seitens der Nationalen Verhandlungen sind beiderseits unerbittlich geführt und keineswegs abgeschlossen. Unter diesen Umständen hat die preussische Regierung zu der Materie noch keine Stellung nehmen können. Gegenüber den auf dem Schulgebiet geäußerten besonderen Meinungen wird ausdrücklich erklärt, daß eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die Staatspolitik von dem Schulgebiet einschließen könnte, nicht in Frage kommt.

In der Frage der Koalitionsverweiterung in Preußen haben getrennt Verhandlungen, und zwar zwischen dem vormaligen Reichspräsidenten Ebert und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden. Eine offizielle Annäherung der Deutschen Volkspartei an die Regierungsparteien, die bereits für getrennt von verschiedenen Seiten angekündigt war, ist, wie bekannt wird, nicht beabsichtigt. Man denkt sich den Verlauf der Verhandlungen vielmehr so, daß zunächst die persönlichen Verhandlungen in sich weiter entwickeln sollen und daß dann Ministerpräsident Braun selbst im interaktionellen Austausch die Sache zur Sprache bringen wird.

Über den Stand der Verhandlungen wird bekannt, daß die Volkspartei zwar in ihrer Forderung, und zwar das Kultusministerium und das Finanz- oder Justizministerium. Es bleibt nun abzuwarten, welche Haltung die preussischen Regierungsparteien zu diesen Forderungen einnehmen werden.

Der Auswärtige Ausschuss dankt.

Er bedauert aber die geringen Fortschritte in der Räumungs- und Abrüstungsfrage. — Entscheidung für die Winderheiten.

— Berlin, 5. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstages am Donnerstag wieder zusammen, um die am Mittwoch abgetragene Aussprache über die Genfer Verhandlungen fortzusetzen. Nachdem die Vertreter aller Parteien sich zur Sache geäußert hatten, beantwortete Reichstagskanzler Müller in einer Schlußrede einige Fragen, die in der Diskussion zur Sprache gekommen waren. Im Verlauf der Beratungen wurde über verschiedene Anträge und Entschließungen abgestimmt.

Angenommen wurde eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Wirtschaftspartei, worin der Auswärtige Ausschuss der deutschen Delegation für die in der ersten Lesung des Reichstages am 2. Oktober ausgesprochene Forderung des Auswärtigen Ausschusses, daß die deutsche Volk in allen ihren Schichten bewegenden Fragen der Räumung des Rheinlandes und der allgemeinen Abrüstung nicht so gefördert werden soll, wie es Deutschland aus rechtlichen und politischen Gründen erzwungen werden. Der Ausschuss erläßt die Reichsregierung, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, auch fernerhin auf beschleunigte und befriedigende Lösung dieser Fragen hinzuwirken.

Außerdem wurde eine Entschließung derselben Parteien mit folgendem Wortlaut angenommen: „Der Auswärtige Ausschuss gibt seiner Befürchtung über die Entwicklung der Lage der Winderheiten Ausdruck. Er fordert die deutsche Regierung auf, im Widerstande dafür einzutreten, daß die für die Befriedigung der Winderheiten von bedeutungsvoller Frage des Schutzes der Winderheiten verstärkte Aufmerksamkeit und Sorge findet.“

Damit waren die Beratungen des Ausschusses beendet.

Die Flaggenfrage im Preussischen Landtag.

Kommunistischer Antrag zum Panzerkreuzerbau abgelehnt.

— Berlin, 5. Oktober.

Im Preussischen Landtag fand gestern der deutsch-nationale Antrag zur Flaggenfrage zur Debatte. In dem Antrag wird verlangt, daß die Flaggen-erlässe, die den Amts- und Gemeindevorständen das Flagen in den Reichsgebieten vorschreiben, aufgehoben werden. Ferner wird die Abberufung des Ministerialdirektors Dr. Wedder wegen seines das Ansehen Preußens schädigenden Verhaltens gefordert.

Die Vorlage wurde von dem deutsch-nationalen Redner eingehend begründet. Doch sprachen sich sämtliche Redner der Regierungsparteien ablehnend aus. Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschuss überzweigt.

Es kam dann zu einer längeren Beratung des kommunistischen Antrages, nach dem durch Gesetz der Panzerkreuzer zu bauen unterbunden werden soll. Der Antrag wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Ferner trat man in der Beratung eines deutsch-nationalen Antrages, wonach die Beamten, gegen die aus poli-

tischen Gründen ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist, begnadigt werden sollen. Nach einer Begründung des Antrages durch die Deutsch-nationalen vertrat sich das Haus.

In der heutigen Sitzung wird man den Termin der Kommunalwahl in den verschiedenen Kreisen, der Ausschluß beschlossen, daß bis 1. Oktober 1929 ein Großwahltag stattfinden soll, an dem sämtliche Wahlen vorgenommen werden sollen.

Die polnisch-rumänische Allianz.

Was wollte Pilsudski in Butare?

— Warschau, 4. Oktober.

Marshall Pilsudski ist loeben von seinem mehrwöchigen Aufenthalt in Rumänien, der sowohl in politischen als in rumänischen amtlichen Kreisen als ein reiner Erholungsaufenthalt dargestellt wurde, wieder nach Warschau zurückgekehrt. Am Bahnhof wurde er von der Regierung und einer Ehrenkompanie empfangen.

Diese Reise des polnischen Diktators gibt in Osteuropa Anlaß zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen, weil sich die Angaben über den Zweck dieses Besuchs geradezu widersprechen. Die amtliche rumänische Nachrichtenagentur teilt zu dem Besuch Pilsudski mit, daß er keinerlei politischen Charakter gehabt habe, da nicht beabsichtigt sei, das jetzt bestehende rumänisch-polnische Verhältnis zu erweitern. Diese rumänische Meldung wird auch von der polnischen Nachrichtenstelle als maßgebend verbreitet.

Anders dagegen sind die Nachrichten, die in Befrag ausgehen werden, wo man besonderen Nachdruck auf den hochpolitischen Charakter des Besuchs Pilsudski in Rumänien legt. Man erklärt hier, das bei den Unterredungen Pilsudski mit dem Reichspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister kaum nur über das idiosyncratische Anliegen worden sei. Es sei klar, daß die Verhältnisse im Osten Polen und Rumänien in eine Front gegen Rußland gedrängt hätten. Daher suchte Pilsudski einen Einfluß zu gewinnen, auf dem neben Polen und Rumänien auch Griechenland, dem Ministerpräsidenten, Italien und die Türkei beteiligt sein sollen. Da Brattium jedoch gegen die Einbeziehung Ungarns lief, wolle man versuchen, einen derartigen Block ohne Ungarn und Italien, aber unter dem Schutz Frankreichs zu bilden. Wenn auch keine aktive Kriegserklärung erfolgte, so werde durch die neuen Tatsachen die Spannung mit Rußland doch kaum erleichtert.

Frankreich, England und das Flottenabkommen.

Paris fordert Berücksichtigung. — Entscheidung erst nächste Woche. — Ist der Pakt schon tot?

— London, 4. Oktober.

Die französische Regierung hat durch ihren Botschafter in London im vorigen Auswärtigen Amt den Antrag gestellt, daß das englisch-französische Flottenabkommen veröffentlicht werden soll. Obwohl diese Meldung bereits demontiert ist, zweifelt doch niemand daran, daß der Schritt tatsächlich erfolgt ist. Von zünftiger englischer Seite verlautet nun, daß erst Anfang nächster Woche das Kabinett über die Veröffentlichung entscheiden könne.

Das Foreign Office hatte weiter an seiner ablehnenden Haltung fest und werde im besten Falle sich zu einer Veröffentlichung bei Zusammentritt des Parlaments im November bereit finden. In englischen politischen Kreisen wird dieser Standpunkt des Foreign Office scharf kritisiert, wobei darauf hingewiesen wird, daß eine spätere Veröffentlichung allerdings immer noch besser sei als völliges Stillschweigen. Man rechnet in unterirdischen Kreisen damit, daß das Foreign Office, wenn es wirklich der Veröffentlichung des Abkommens zustimmen wolle, gleichzeitig eine ausführliche Begründung seines Stillschweigens geben werde. Die Lage hat sich jetzt auch jählich verändert.

Während dies vor kurzem betont wurde, daß England das Abkommen im Falle der ablehnenden amerikanischen Antwort als aufgegeben ansehe, Frankreich dagegen die Abkehrbarkeit der Ablehnung wünscht, scheint es nunmehr umgekehrt, daß man auf französischer Seite das Abkommen als nicht anfechtbar, während das am maßgebender englischer Seite vorläufig noch keineswegs zugegeben wird.

Prinz Nikolaus in Carols Fußstapfen?

Der Vormund König Michaels verurteilt einen Skandal.

— Bukarest, 4. Oktober.

Wie der Berichterstatter des „Welt-Taplo“ in Großwardein meldet, hat Prinz Nikolaus, der jüngere Bruder des Kronprinzen Carol und Vornund des minderjährigen Königs Michael, in Begleitung einer Dame der Aristokratie fluchtartig Butare verlassen. Prinz Nikolaus und seine Geliebte seien bei Carol in Paris abgeblieben. Die Königin verleihe vorgeblich, den Prinzen zur Rückkehr nach Rumänien zu bewegen.

Die Butarer Presse veröffentlichte mit dem Vorfall nichts, da die rumänische Regierung alle Nachrichten hierüber unterdrückt und die Meldung verbreitet habe, Prinz Nikolaus habe eine Vergnügungstour in das Ausland unternommen.

MAGGI'S Erbs-Suppe
in Würfeln
eine feine Suppe!

1 Würfel für 2 Zeller nur 13 Pf.

Gera. Im Wahnsinn abgetürzt. Hier ist im Südlichen Krankenhaus infolge plötzlich ausgebrochener Geistesstörung eine Kranke unermüdet aus dem Bett gestiegen und hat, ohne daß sie daran gehindert werden konnte, den Balkon überfliegen. Bei dem Fall in den Garten zog sie sich schwere Verletzungen zu.

Steinad. Laikauto von Zug erfaßt. Beim Bahnübergang in Hüttengrund wurde von einem auf der Straße Sonnenberg-Lauha fahrenden Zuge ein Laikauto erfaßt und zertrümmert. Der Kraftwagen war infolge des Regenwetters auf dem Bahnübergang zum Gleiten gekommen und lag in gefährlichem Winkel der Gleisfläche dem Zuge entgegen und ihm zum Halten zu bringen suchte, wurde das Auto überfahren.

Glauchau. Mit dem Kinde in den Tod. Die 30 Jahre alte Witwe Will und ihre siebenjährige Tochter wurden in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt Selbstmord durch Gasvergiftung vor.

Dresden. Netter Kanalarier. Ein Hausmädchen wurde auf gewissenlose Weise fast um ihre ganze Habe gebracht. Das Mädchen unterhielt mit einem in mittleren Jahren stehenden Manne ein Liebesverhältnis und gewährte ihm, da er ohne Arbeit und Wohnung war, auch dann und wann Unterkunft. Als Anfang dieses Monats das Mädchen die Stellung aufgeben und nach Hause zurückgehen wollte, ließ der Liebhaber einen Umzugswagen kommen und ließ sie mit Kleibern und Wasche vollgeladene Kommode verkaufen. Er fuhr in eine hiesige Serberge, wo er die Sachen verkaufte. Das Mädchen erbatete Anzeiger. Der Täter wurde in einem 28 Jahre alten Keller festgenommen, der bereits mehrfach wegen Eigentumsvergehen verurteilt ist.

Das erste Opfer des Frostes in Norwegen. Die ungewöhnliche Kälte in Norwegen hat dieser Tage das erste Opfer gefordert, indem ein junger Herr auf der Suche nach verstreuten Schalen im Hofland erfror ist.

Starer Schneefall in Wänaen. In einem großen Teil Österreichs hat bereits starker Schneefall eingesetzt. Die Wänaer werden, trotz der Schneefälle, nicht froster noch. Die Kälte regnet hier durch den frühen Frost starker Schanden kommen.

Muffindung eines Weads aus dem 17. Jahrhundert. Wie die Altgenatur aus Göttingen bei Danzig meldet, ist ein beim Ausbaggern auf ein von der Zeit schon reichlich verfallenes Wead eines Kriegeschliffes aus dem 17. Jahrhundert u. a. wurden hiermit zwei Kanonen gefunden.

Sträflinge des Staatsgefängnisses von Wänaen in Amerika. wurden von den Gefangenen angefaßt und brannten bis auf die Grundmauern nieder. Dies ist der achte Fall von Brandstiftung durch Sträflinge in den letzten Wochen in Amerika.

Eintritt bei einer Auction. Bei einer Auction in Ronnebyb bei London brach in einem Raum, in dem über hundert Personen versammelt waren, plötzlich der Zusammenstoß ein. Ein Teil der Versammelten stürzte in den Keller, wobei 13 Personen verletzt wurden.

Dienstag klar zur Amerika-Fahrt.

Die ersten Startarten kosten 12 000 Mark.

— Friedrichshafen, 5. Oktober.
Weber die Amerikafahrt erklärte Dr. Cäcener in einer Unterredung, schließlich am Dienstag sei das Schiff startklar. An Bord würden außer der Mannschaft im ganzen etwa 16 Personen sein, darunter vier zählende Fahrgäste, Amerikaner, die sich zur Zeit in Deutschland aufhielten und nach Amerika zurückreisen wollten. Diese Fahrgäste würden für die Überfahrt einen Preis von je 3000 Dollar entrichten. Ferner habe das Reichsverkehrsministerium drei Plätze reservieren lassen.

Zur Frage der Verlorenung mit Brennanas wies Dr. Cäcener darauf hin, daß schon jetzt der notwendige Brennstoff vorhanden sei. Das Luftschiff werde im ganzen für etwa 120 Stunden Brennstoff an Bord haben. Zugehörig finden noch eine Reihe kleinerer Arbeiten am dem Luftschiff selbst statt. Im Vordergrund dieser Arbeiten stehe die Umänderung der Mannschafts schlafkabinen.

Bei seiner Amerikafahrt werde das Luftschiff umfänglich eine Reihe von Vorkäufen. Dieser seien etwa 500 Kilogramm eingegangen und 12 000 Meile. Als Schlußstein für die Einleitung von Meilen sei der 8. Oktober, 12 Uhr mittags, festgelegt worden. Nach diesem Zeitpunkt sei eine Annahme von Post nach Amerika unmöglich.

Zepplin und Haus Doorn.
Zur Verlobung Doorns durch „Graf Zepplin“, die in der Presse häufig diskutiert wird, wird von zünftiger Berliner Seite erklärt, es könne nur bestätigt werden, daß keiner der Beteiligten Haus Doorn gesehen habe. Im übrigen sei damit zu rechnen, daß angefaßt der angeblichen Dunkelheit ein Erkenner Doorns auf der Handhaft nicht möglich gewesen sei. Ebenfalls lasse sich aus der Tatsache, daß keiner der Beteiligten Doorn gesehen habe, schließen, daß eine politische Demonstration durch Anstehen Doorns nicht beabsichtigt gewesen sei.

Holländischer Dampfer in Ceenot.

„Albert Ballin“ eilt ihm zu Hilfe.

Der Dampfer „Barentin“ hat nach Rettungsversuchen ein Rettungsboot des holländischen Dampfers „Celeano“ erhalten, in dem dieser um Hilfe bittet, da er in der Mitte des Degeans im Sinken begriffen sei. Der in Ceenot geratene Dampfer befand sich auf der Höhe von Rotterdam nach Boston. Er ist 3544 Tonnen stark.

Der Dampfer „America“, der zur Hilfeleistung für den in der Mitte des Atlantischen Ozeans in sinkendem Zustande befindlichen holländischen Dampfer „Celeano“ abgegangen war, berichtet, daß er seinen regulären Kurs nach Vermont aufgenommen hat, nachdem der deutsche Dampfer „Albert Ballin“ mitteilte, daß er sich nur 150 Meilen von der „Celeano“ entfernt befindet.

Deutscher Dampfer bei den Azoren gestunken.
Der der Nordischen Schiffsahrts-Ges. Hamburg gehörende Dampfer „Maria Vinango“, der sich mit einer Ladung Schrott auf der Meile von Sabanna nach Kisten befand, ist nach einem Telegramm des Kapitäns in der Nähe der Azoren in Feuer gekommen. Die Besatzung wurde gerettet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Der Totschlagprozess Anthony.

Sechs Jahre Justizhaus beantragt.

Die am Mittwoch für nichtig erklärte Verhandlung im Totschlagprozess Anthony wurde am Donnerstags neu begonnen. In einer zusammenhängenden Darstellung wiederholte der Vorleser die Ergebnisse der Verhandlungen von Mittwoch, die von der Angeklagten kurz bestritten wurden. Danach wurde darauf hingewiesen, daß die Angeklagte zur Zeit der Tat und schon vorher stark unter Blutungen und nervöser Schwäche gelitten habe.

Nach Abschluß der Vernehmungen der Angeklagten trat das Gericht in die Beweisnahme ein. Der Sachverständige Professor Strauch schätzte die Verletzungen der Frau Schiller als außerordentlich schwer. Der Kopf habe ebenfalls nur noch an den Knochen geblieben. In seiner 24-jährigen Tätigkeit hat er solche Verletzungen noch nicht gesehen. Ein Beamter der Kriminalpolizei betonte, daß die Angeklagte erst nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis abgelegt habe.

In der weiteren Vernehmung wurde der eine Chef der Firma, Chamer, vernommen, der auslegte, daß die Anthony ein tüchtiges Mädchen gewesen sei und man sie deshalb auch nicht entlassen habe, als die kleinen Unterstellungen bekannt geworden seien. Der 3-jährige der Angeklagten, ein Wulfert, hatte die Anthony nach dem Mord gesprochen und an nichts Unrichtiges bemerkt. Er erklärte u. a., daß sie ihm öfters im offenen Lokal Dhrseigen gegeben habe.

Nach Schluß der Beweisnahme beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagte 6 Jahre Justizhaus unter Verhängung milderer Umstände, sowie drei Jahre Zwangsarbeit.

Der Gattenmordprozess Treiber.

Die Viechtaten des Angeklagten.

Im Gattenmordprozess Treiber wurde der Angeklagte zur weiteren Klärung seiner persönlichen Lebensverhältnisse vernommen, die er sowohl vor als nach dem Tode seiner Frau unterhalten hat. Die Behauptung, daß er seiner Geliebten schon vor dem Tode seiner Frau ein Eheversprechen gegeben habe, wird Treiber zurückgewiesen. Er behauptet, daß er während der Unternehmung nicht verheiratet war, sondern an seinen Verlobten und an seine Geliebte gelangen zu lassen. Der Vorleser verlas noch eine Auslegung der Anschuldigungen, die Treiber nach der Klärung der Verhältnisse für seine Geliebte gemacht hat. Am 30. Juni 1928, also in einem Jahre, waren die von der Versicherungsgesellschaft ausgezahlten 120 000 Mark nahezu aufgebraucht.

Bei der Zeugenernehmung wurde dann der Landgerichtsrat Dr. v. Borch aus Gmünd vernommen, der die Vorunternehmung geführt hat und der selbst ein guter Bergsteiger ist. Er erklärte u. a., daß er die Aussagen Treibers anfänglich nicht für richtig gehalten habe. Später habe er sich aber von ihrer Richtigkeit überzeugen können.

U-Wahnungslid in Berlin.

Nach glimpflich abgelaufen.

Durch einen Zusammenstoß zweier U-Wahnungslide in Berlin kurz vor dem U-Bahnhof Mittebergplatz wurde der gesamte Verkehr auf der Strecke Nürnberger Platz—Gleisdreieck stundenlang lahmgelegt. Mehrere Fahrgäste der starkbesetzten Züge erlitten einen Nervenschock, sonst ist aber, wie bisher festgelegt wurde, keine nennenswerte Verletzung worden. Zu der Unfallereignisse der aufgefahrene Züge mit der roten Aufschrift entlegte, war die Strecke längere Zeit gesperrt.

Zu dem recht glimpflich abgelaufenen Unfall, der eine recht eigenartige Ursache hat, wird folgendes mitgeteilt: Auf dem U-Bahnhof Potsdamer Platz verlor eine Frau auf einen bereits wieder in Fahrt befindlichen Zug aufzusteigen. Es kam aber zu spät und schließlich so unglücklich, daß sie mit dem sinken Wein zwischen Wagen und Bahnsteigkante geriet. Man zog sofort die Notbremse, so daß der Zug logisch zum Stillen kam. Es bedurfte großer Anstrengungen, um die Verunglückte, die das Bewußtsein verloren hatte, aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

Wieder Millionenbetrug?

Die Chemische Fabrik Johannisthal und ihr Geschäftsführer.

Die Lage der Chemischen Fabrik Johannisthal, die in der Zahlungsunfähigkeit geraten ist, läßt sich noch nicht übersehen. Ebenso noch nicht, inwiefern Dr. Greiff, der Geschäftsführer daran die Schuld trägt. Es wird von ihm behauptet, daß er einen Kredit zu erlangen, welcher mit geschätzten Unterzinsen übertragen gebracht habe. Tatsache ist, daß Greiff sich einige Anfortschritte im Dienst hat zuwenden kommen lassen. Weiter wird Dr. Greiff zur Last gelegt, einen Teil des so erworbenen Geldes einem n. o. m. e. g. i. n. e. Werk gegeben zu haben, an dem er selbst beteiligt sein soll. Trotz allem ist gegen Dr. Greiff keine Klage eingeleitet worden, da man morgen erst das Ergebnis einer Gläubigerversammlung abwarten will.

Bei der Sitzung des „Zepplin“ in Berlin ereignete sich ein tragischer Vorfall. Auf dem Dach des Hauses Alt-Moabit 56 hatten sich eine Anzahl Hausbewohner eingeladen, um die Ankunft des Luftschiffes zu beobachten. Es trat gegen 9 Uhr am Horizont ein, geriet die Hausbewohnerin, die 42 Jahre alte Frau Wagle, in solche Aufregung, daß sie plötzlich vom Dach ab gestiegen bemutigte so Boden trat. Man brachte sie in ihre Wohnung, wo der Arzt nur noch den

200 geistigen konnte. Frau Wagle hatte schon die ganze Nacht vor Anfertigung nicht schlafen können.

Da der milde Streit bei dem U-Bahnhof am Alexanderplatz immer härtere Formen annahm, drückte die militärischen Arbeiter von den Streikenden befreit werden, ist von der Beileitung polizeilicher Schutz für die Arbeitsmittler abgelehnt worden. Den Streikenden ist ein Erlaß der Direction ausgegangen, in dem es heißt, daß sämtliche Arbeiter innerhalb 24 Stunden entlassen werden, die nicht an die Arbeit gehen.

Für die Handelsarbeiter des Groß-Berliner Einzelhandels hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einen Schlichtungsplan gefaßt, der die Wochenlöhne der über 22 Jahre alten Arbeitsnehmer auf 45 beim 40 Mark mit Gehalt bis 4. Oktober 1929 erhöht. Die Parteien haben sich zum nächsten Dienstag zu erklären. Der Tarifkonflikt bei der G. S. S. Betriebsgesellschaft, bei dem es sich um vier verdrängte Arbeiter, um die Erneuerung des Monatslohn für die Arbeiter und um eine von der Gewerkschaft verlangte neue tarifliche Regelung für die Entlassenen handelt, wird den Schlichtungsausschuß zum drittenmal beschäftigt.

Husgraben wurde ein Kaufmann aus Bernau, der in einem Lokal am Dränbrücker Tor einige „Herrn“ kennen lernte. Er ging mit einem seiner neuen „Freunde“ zum Zeit seiner Notorität. Unterwegs brachen die Fremden einen Streit vom Leben und Hien über den Kaufmann fort, wobei ihm die 300 Mark in der Tasche abhandeln. Die Polizei wurde verständigt, um die Verhaftung der Täter zu erreichen. Das Verbrechen missling aber und der Käufer ergab die Misset. Später erkannte ihn der Kaufmann in einem Lokal in der Nähe des Genarbenmarktes wieder. Abnormals enthielt der Käufer, wurde aber bald eingekerkert und festgenommen.

Kursbericht vom 4. Oktober 1928
mittelt vom
Bankverein Aetern, Spröngers, Büchner & Co.,
Verteilung Webra.

Deutsche Anleihe	53,2	%
obio	1,62	„
7%) Proo. Schäß. Vbhjstl. Goldpfandbriefe	83,75	„
7%) Dtsch. Hyp.-Bank Mäningen Goldpfandbr.	85,4	„
8%)	94,25	„
8%) Mittelbayer. Boden-Credit A.-G., Goldpfandbr.	84,5	„
„	95	„
Deutsche Bank	170	„
Dresdner Bank	171	„
Commerz- und Privatbank	191,75	„
Galischer Bankverein	127	„
Banque	159	„
Norddeutscher Lloyd	152	„
AEG (Allg. Electr. Ges.)	190,87	„
IG Farben	263,5	„
Alte Bergbau	169	„
Mansfelder Bergbau	116,75	„
Rheinb. Montan	149	„
Weserg. Braunkohlen	90	„
Weserg. Stahl	209,5	„
Weserg. Braunkohlwerke	101,75	„
Weserg. Braunkohl	295	„
Weserg. Braunkohl	135,5	„
Weserg. Braunkohl	129,12	„
Weserg. Braunkohl	147	„
Braunkohlwerke Maschinen	81	„
Sturm A.-G.	78	„
Weserg. Braunkohl	64	„
Weserg. Braunkohl	31	„

Voraussehtliches Wetter

Am 7. Oktober: Sonne, teils Wolkenzug, kühl, nachts kalt, meist trocken. Am 8.: Wolken, vielerorts Sonne, gelinde, schwärztes nachts, kühl. Am 9.: Regen verändert. Am 10.: Feiler, tags angenehm, nachts kalt, Wind. Am 11.: Wolken, teils Sonne, Regen wahrscheinlich, milde, Wind, nachts kalt. Am 12.: Feiler, teils hell, wollos, kühl. Am 13.: Veränderlich, tags gelinde, nachts rauk, Wind.

Kirchliche Nachrichten

18. Sonntag nach Trinitatis, den 7. Oktober 1928.
10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindehaus.
11, 12 Uhr vorm.: Kindergottesdienst für beide Abteilungen im Gemeindefest.
Nachm. 3 Uhr: Bibelstunde für junge Mädchen.
Mittwoch Abend 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehaus.
Freitag Abend 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindehaus.
Vertrag wurde am 30. 9. der Schwester Richard Fabner im Alter von 68 Jahren.

Der Besitzer dieses Hofes



benutzt
im Stalle eine Miele-Melkmaschine
in der Milchkuche eine Miele-Kleinmolkerei
in der Waschküche eine Miele-Waschmaschine
im Bügelzimmer eine Miele-Wäschewagen
Diese wunderbaren Maschinen bringen Zeitersparnis und Arbeitsvereinfachung und solltet, deshalb in keinem, besseren landwirtschaftlichen Betriebe fehlen.
Bitte verlangen Sie Prospekte oder Vertreterbesuche

Mielewerke A. G.
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter

In großstädtischer Auswahl
finden Sie
die neuesten
Mäntel, Kleider usw.
für jung und alt
in nur hochwertigen Qualitäten
zu
konkurrenzlosen Preisen
bei
J. S. Werner, Inh.: Max Beeck
Naumburg (Saale), Herrenstrasse 23.

Liebensteiner
heisst meine **neue Holsteiner** Edel-Margarine.
Sie besteht aus den allerfeinsten Rohstoffen, ist mit Frischmilch verkräft und im Geschmack wie feinste **Molkereibutter**. Eignet sich vorzüglich als Brotaufstrich, zum Kochen, Braten und Backen und ist von
heute ab
das ganze Pfund für nur 0.60, 0.80, 1.00 u. 1.20
bei mir erhältlich.
Beachten Sie bitte mein Spezialfenster.
Alleinverkauf: O. Herrmann.

Bekanntmachung.
Die an Stelle der Fürsorgerin Fräulein Ida Lange nach Nebra verlegte Fürsorgerin Fräulein Hildegard Gründling wohnt „Unter der Altenburg Nr. 2 bei Witwe Wolff“.
Für den Fürsorgebezirk Nebra hält die Fürsorgerin in ihrer Wohnung täglich 8—9 Uhr, an Sonntagen von 8—12 Uhr **Sprechstunde** ab.
Sänglingswiegefinden werden nach wie vor alle 4 Wochen im Monatseller abgehalten.
Nebra, den 4. Oktober 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.
Die auf Sonntags, den 6. Oktober d. J. vor dem Hausgrundstück Fleischplanweg 1 anberaumte Versteigerung eines Pianos wird aufgehoben.
Nebra, den 5. Oktober 1928. **Der Magistrat.**

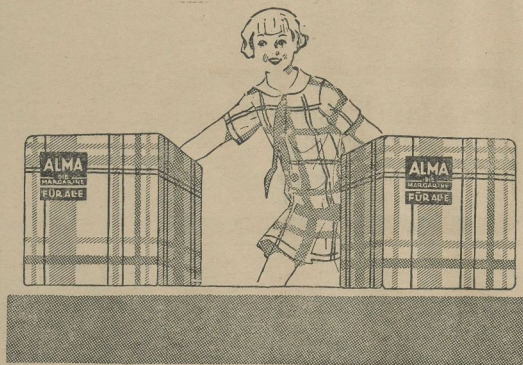
Leuteannahme
und
Postenverteilung
Sonntag, den 7. Oktober,
von 8 Uhr an
Zuckerfabrik Vitzenburg

Bei **hohem Verdienst Vertreter** gesucht f. unsere anerkannt guten
Futtermittel
(Vollfütterstoffe, Fisch-, Fleisch-, Kälbermehl, Gese, Milchfutter usw.),
Offerten unter L. P. 1872 an „Alta“ Gausenhein & Vogler, Magdeburg.

Gute ausgelesene
Speisekartoffeln
gibt ab **Karl Otto.**

Grosswangen
Zur **Kirmes**, Sonntag, den 7. Oktober und Montag, den 8. Oktober, sowie zur **Kleinirmes**, Sonntag, den 14. Oktober, von nachm. 3 Uhr ab:
Große Ballmusik
Gutgepflegte Biere u. vorzügliche Küche
Hierzu ladet freundlichst ein
Bruno Stops.

Stellen-Anzeigen
für den
„Personal-Anzeiger des Daheim“
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Befehlsauftrag vermittelt.
Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Interaktion niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pfg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 70 Pfg. bei Stellengesuchen.
Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.
Buchdruckerei Wiltz, Sauer, Köhler.



Überall blendend sauber
das ist Vorbedingung bei der Herstellung einer guten Margarine. Hellgekachelt sind die weiten Fabrikhallen der Blauband-Werke, appetitlich sauber die weissen Milchbehälter, spiegelblank die riesigen Maschinen, die selbsttätig jetzt auch die neue Marke „Alma“ herstellen. Weissgekleidet sind die Männer und Frauen, welche die sauberen Maschinen bedienen; äusserst rein die feinen Speiseöle und Fette, sorgfältig sterilisiert die grossen Mengen Milch, die zur Verbutterung benötigt werden. Selbst das Wiegen, Formen und Umhüllen der fertigen Ware geschieht maschinell. Diese geradezu vollendete Reinheit bei der Herstellung stempeln „Alma“ zu einem gesunden, bekömmlichen Nahrungsmittel, das, auf Brot gestrichen, mit Genuss verzehrt werden kann und für Back- und Bratzwecke unübertrefflich ist. Sparsame Hausfrauen wählen „Alma, die Margarine für Alle“.
Das ganze Pfund für 85 Pfennig.



Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co.
Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
Abteilung Nebra a. U.
Gewissenhafte Erledigung aller bankgeschäftlichen Aufträge
Günstige Verzinsung von Einlagen auf Sparkonten mit täglicher, ein- und dreimonatlicher Kündigung
Zur Kapital-Anlage empfehlen wir 8% Goldpfandbriefe. Ankäufe provisionsfrei
Vermittlung erststelliger Hypotheken

Stadt-Theater Preuss. Hof
Sonntag, den 7. Oktober, abends 8 1/4 Uhr:
Mann gegen Mann
— Darryl Ziel —
Ferner:
Lustspiel
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Dank.
Für die überaus zahlreichen beweis der Anteilnahme, die uns bei dem so frühen und plötzlichen Heimgange meines unvergesslichen Mannes, Sohnes und Schwiegersohnes
Willy Ehrhardt
zuteil wurde, sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Schreiber für seine trostreichen Worte, und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten für das letzte Geleit, sowie all denen, die seinen Sarg in so reichem Masse mit Kränzen und Blumen schmückten.
Reinsdorf.
In tiefer Trauer:
Elsa Ehrhardt geb. Ziehme
Familie Gustav Ehrhardt
Familie Alwin Ziehme

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhicht wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1,10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 4 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in 12 Melleten 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpartkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 118

Sonnabend, den 6. Oktober 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Ein Ereignis, das zunächst nur auf wirtschaftlichem Gebiet zu liegen schien, zweifelloser aber von weittragenden politischen Auswirkungen begleitet sein dürfte, ist der Abbruch der Londoner Delverhandlungen. Nachdem vor einiger Zeit die führenden Persönlichkeiten der belandisch von jeher in hohem wirtschaftlichen und politischen Kampfe stehenden amerikanischen und englisch-holländischen Petroleumproduzenten sich darauf geeinigt hatten, den für beide Seiten auf dem runden Freistampf einzustufen und eine Einigung über die Preise von Öl und Delverdaten herbeizuführen, sind beide Gruppen gemeinsam in entsprechende Verhandlungen mit dem dritten großen Konkurrenten auf dem Gebiet der Petroleumproduktion, mit Russland, eingetreten. Diese Verhandlungen, die sich zunächst recht günstig anließen, sind nunmehr gescheitert. Der Grund für dieses Scheitern ist darin zu suchen, daß die amerikanische und die englisch-holländische Gruppe von den Russen als Erlaß für die von den Sowjets beflagmachten und nationalisierten, früher im Besitz der erigenannten Gruppen befindlichen Oelfelder in Russland, einen Diskont von 5 Prozent verlangten, den zu leisten die Russen sich jedoch nicht bereit erklärten. Kam diese Form der Erlaßforderung bereits einem Sieg der amerikanischen über die englisch-holländische Auffassung gleich, so involviert die Ablehnung dieses verhältnismäßig zurückhaltenden Erlaßanspruches durch Russland eine Annäherung der englisch-holländischen und der amerikanischen Gruppe, die, wenn sie auch für ihren früheren Besitz in verschönerter Form und in verschönerter Nähe in Aussicht genommen werden müßten, so doch in dem Prinzip eines Erlaßanspruches einig sind. Bei der großen Macht, die die Petroleumindustrie besitzt in der internationalen Welt wie in der internationalen Politik ausübt — man hat wacker diesen das auto alle lateinische Wort „Non olet“ (es riecht nicht) belegen können — ist es natürlich keine Form „non petroleo“ umgewandelt — bedeutet eine solche Annäherung, die schon offiziell angeündigt wird, Erχώerung der neuerlichen Annäherungsversuche Russlands an Amerika und größere Aussichten für die von England gewünschte antirussische Front.

Es ist gar nicht einmal ausgeschlossen, daß der Versuch Biljudits in Bulgare — der zwar offiziell trotz des rumänisch-polnischen Bündnisses nur als reine Privatangelegenheit — schon mit solchen neuen Entzerrungsplänen gegen Russland zu tun hat.

Daß eine solche neue Entzerrung auf alle außenpolitischen Probleme nicht gerade günstig zurückzuführen dürfte, ist der Hand, und man wird infolgedessen auch die Räumungs- und die mit ihnen in engem Zusammenhang stehenden Reparationsverpflichtungen, die langsam in Kraft kommen, und bei denen das englisch-amerikanische Verhältnis naturgemäß eine große Rolle zu spielen berufen ist, mit doppelter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Inwieweit die von Paris ausgehenden Gerichte über die in Jahresstapeln geplante Mobilisierung einer Reparationsentnahme der Wahrheit entsprechen, läßt sich nur schwer überblicken, wenngleich man schon jetzt sagen kann, daß die in diesem Zusammenhang genannte Summe von 40 Milliarden für Deutschland indubital eingeht.

Angedäht dieser und anderer ähnlicher Probleme, vor deren Erörterung und möglichst auf Lösung uns die nächste Zukunft stellt, wird ein Schicksal in der Welt nicht und Kontinuität in der Führung der deutschen Regierungselbst die von größter Wichtigkeit sein. Die Koalitionsverhandlungen in Preußen, die von der Deutschen Volkspartei entsprechend den Wünschen des Ministerpräsidenten Brauns gelegentlich der letzten Kabinettsbildung in Gang gebracht sind, dürften nicht zuletzt unter diesem Gesichtswinkel besonderes Interesse beanspruchen. So günstig nach dem Urteil parlamentarischer Kreise auch die Aussichten für die Durchführung dieser Verhandlungen liegen, ist es doch nicht

zu hoffen, daß diese Verhandlungen, die von der Deutschen Volkspartei entsprechend den Wünschen des Ministerpräsidenten Brauns gelegentlich der letzten Kabinettsbildung in Gang gebracht sind, dürften nicht zuletzt unter diesem Gesichtswinkel besonderes Interesse beanspruchen.

celi in Berlin gebracht worden. Von amtlicher preussischer Seite ist jetzt zu diesen Verhandlungen eine Erklärung ausgegeben worden, die folgenden Wortlaut hat.
In letzter Zeit sind von verschiedenen Seiten Nachrichten in die Presse gelangt, die von einem Abschluß der Verhandlungen dem Kabinettsminister und dem hiesigen apostolischen Nuntius geführten Verhandlungen und von der Fertigstellung einer Konferenzvorsprache wissen wollen. Diese Nachrichten sind offenbar im Zusammenhang mit den parlamentarischen Erörterungen über die Erweiterung der Preußen-Koalition entstanden. Die preussische Staatsregierung hat durch den Minister Dr. Weder bereits wiederholt im Verlauf erklärt, daß es gerade vom Standpunkt der staatlichen Interessen aus erwünscht ist, das Vertragsverhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche gemäß den durch die Reichsverfassung geschaffenen veränderten tatsächlichen Verhältnissen neu zu regeln. Die hierüber seitens der verschiedenen Verhandlungen sind bereits unermüdbar geführt und keineswegs abgeschlossen. Unter diesen Umständen hat das preussische Kabinettsministerium sich keine Stellung nehmen können. Gegenüber den auf dem Schulgebiet geführten besonderen Meinungen wird ausdrücklich erklärt, daß eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die Staatshoheit auf dem Schulgebiete einschränken könnte, nicht in Frage kommt.

In der Frage der Koalitionsverhandlungen sind in Preußen haben getrennt neue Verhandlungen, und zwar zwischen dem vorkoalitionistischen Führer Stenzen und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden. Eine offizielle Mitteilung der Deutschen Volkspartei an die Regierungspartei, die bereits für getrennt von verschiedenen Seiten angekündigt war, ist wie bekannt nicht beachtet. Man darf sich den Verlauf der Verhandlungen nicht mehr so, daß zunächst die persönlichen Verhandlungen sich weiter entwickeln sollen und daß dann Ministerpräsident Braun selbst im interaktionellen Gespräch die Sache zur Sprache bringen wird. Inwieweit den Verhandlungen diese Bestimmung zusteht, ist nicht bekannt, doch ist die Volkspartei mit Interesse daran, und zwar das Kabinettsministerium und das Finanz- oder Justizministerium. Es bleibt nun abzuwarten, welche Haltung die preussischen Regierungspartei zu diesen Forderungen einnehmen werden.

Der Auswärtige Ausschuß dankt.

Er bedauert aber die geringen Fortschritte in der Räumungs- und Abklärungfrage. — Entschädigung für die Winderbeiten.

Berlin, 5. Oktober.

Unter dem Vorhild des Abgeordneten Scheidemann trat der Auswärtige Ausschuß des Reichstages am Donnerstag wieder zusammen, um die am Mittwoch abgebrochene Verhandlung über die finanzielle Verhandlungen fortzusetzen. Nachdem die Vertreter aller Parteien über die Sache geklärt hatten, beantwortete Reichskanzler Müller in einer Schlußrede einige Fragen, die in der Diskussion zur Sprache gekommen waren. Im Verlauf der Beratungen wurde über verschiedene Anträge und Entschuldigungen abgestimmt.

Angenommen wurde eine Entschuldigung der Deutschen Volkspartei, des Zentrum, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Wirtschaftspartei, die der Auswärtige Ausschuß der deutschen Delegation für die Genf geleistete Arbeit seinen Dank ausdrückt. Der Ausschuß bedauert jedoch, daß die bei den Verhandlungen in allen diesen Schritten bewegenden Fragen der Räumung des Rheinlandes und der allgemeinen Abklärung nicht so gefördert worden sind, wie es Deutschland aus rechtlichen und politischen Gründen erzieren konnte. Der Ausschuß erlaßt die Reichsregierung, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, auch fernerehin auf beschleunigte und befriedigende Lösung dieser Fragen hinzuwirken.

Außerdem wurde eine Entschuldigung derselben Parteien mit folgendem Wortlaut angenommen: „Der Auswärtige Ausschuß gibt seiner Belorgnis über die Entwicklung der Lage der Winderbeiten Ausdrück. Er fordert die deutsche Regierung auf, im Winterlande dafür einzutreten, daß die für die Befriedigung der Wälder so bedeutungsvolle Frage des Schutzes der Winderbeiten verfrähte Aufmerksamkeit und Sorgfalt findet.“

Damit waren die Beratungen des Ausschusses beendet.

Die Flaggfrage im Preussischen Landtag.

Kommunistischer Antrag zum Panzerkreuzerbau abgelehnt.

Berlin, 5. Oktober.

Im Preussischen Landtag fand gestern der deutschnationale Antrag zum Panzerkreuzerbau für Deutschland statt. In dem Antrag wird verlangt, daß die Flaggenerlässe, die den Amts- und Gemeindevorständen des Flaggens in den Reichsgebieten vorzuschreiben, aufgegeben werden. Ferner wird die Abberufung des Ministerialdirektors Dr. Waldi wegen seines dem Nationalen Preußischen Landtag gegenüber gehaltenen Vortrages gefordert.

Die Vorlage wurde von dem deutschnationalen Redner eingehend begründet. Doch sprachen sich sämtliche Redner der Regierungsparteien absehnend aus. Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschuß übergeben.

Es kam dann zu einer längeren Beratung des kommunistischen Antrages, nach dem durch Beschleunigung der Panzerkreuzerbau unterbunden werden soll. Der Antrag wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Ferner trat man in die Beratung eines deutschnationalen Antrages, wonach die Beamten, gegen die aus poli-

tischen Gründen ein Disziplinardisziplinverfahren eingeleitet ist, begnadigt werden sollen. Nach einer Begründung des Antrages durch die Deutschnationalen verlegte sich das Haus.

In der heutigen Sitzung wird nach dem Termin der Kommunalwahlen in Preußen über die Wahl der Ausschüsse beschlossen, daß bis 1. Oktober 1929 ein Großwahltag stattfinden soll, an dem sämtliche Wahlen vorgenommen werden sollen.

Die polnisch-rumänische Allianz.

Was wollte Biljudits in Bulgare?

Warschau, 4. Oktober.

Marshall Biljudits ist jedoch von seinem mehrwichtigen Aufenthalt in Rumänien, der sowohl in politischen wie in rumänischen amtlichen Kreisen als ein reiner Erlaßanspruch hat dargestellt wurde, wieder nach Warschau zurückgekehrt. Am Wochtag wurde er von der Regierung und einer Ehrentrompage empfangen.

Diese Reise des polnischen Ministerpräsidenten in Osteuropa ist von den schärfsten Augenmerkungen, wie sich die Angaben über den Zweck dieses Besuchs gerade wiederholen. Die amtliche rumänische Nachrichtenagentur teilt zu dem Zweck Biljudits mit, daß er keinerlei politischen Charakter gehabt habe, da nicht beabsichtigt sei, das jetzt bestehende rumänisch-polnische Desinteresse in Verbindung mit irgendwelcher Erweiterung. Die rumänische Regierung wird auch von der politischen Nachrichtenstelle als maßgebend verbreitet.

Anders dagegen sind die Nachrichten, die in Belgrad ausgegeben werden, wo man besonderen Nachdruck auf den hochpolitischen Charakter des Besuchs Biljudits in Rumänien legt. Man erklärt hier, daß bei den Unterredungen Biljudits mit dem Reichsminister, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister kaum nur über das übliche Wetter geplaudert worden sei. Es sei klar, daß die Verhältnisse in Ostpolen und Rumänien in eine Front gegen Russland gedrängt hätten. Daher habe Biljudits einen Staatenblock auszumitteln, an dem neben Polen und Rumänien auch Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Italien und die Türkei beteiligt sein sollen. Das Bruttum (jedoch gegen die Einbeziehung Ungarns) soll, wolle man versuchen, einen derartigen Block gegen Ungarn und Italien, aber unter dem Schutz Frankreichs zu bilden. Wenn auch keine alte Kränkungsbedingung, so werde durch die neuen Tatsachen die Spannung mit Russland doch kaum erleichtert.

Frankreich, England und das Flottenabkommen.

Paris fordert Berücksichtigung. — Entscheidung erst nächste Woche. — Ist der Pakt schon tot?

London, 4. Oktober.

Die französische Regierung hat durch ihren Vorkämpfer in London im dortigen Auswärtigen Amt den Antrag gestellt, daß das englisch-französische Flottenabkommen von neuem berücksichtigt werden soll. Obwohl diese Meldung bereits demontiert ist, zweifelt doch niemand daran, daß der Schritt tatsächlich erfolgt ist. Von zukünftiger englischer Seite verläutet nun, daß erst Anfang nächster Woche das Kabinet über die Berücksichtigung entscheiden könne.

Das Foreign Office hatte weiter an seiner Ablehnung der Haltung fest und werde im besten Falle sich zu einer Berücksichtigung bei Zusammentritt des Parlaments im November bereit finden. Ein englischen politischen Kreisen wird dieser Standpunkt des Foreign Office (darf kritisiert, wobei darauf hingewiesen wird, daß eine spätere Berücksichtigung allerdings immer noch besser sei als völliges Stillschweigen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß das Foreign Office, wenn es wirklich der Berücksichtigung des Abkommens zustimmen sollte, gleichzeitig eine ausführliche Begründung seines Stillhaltens geben werde. Die Lage hat sich jetzt auch nicht verändert.

Während bis vor kurzem betont wurde, daß England das Abkommen im Falle der ablehnenden amerikanischen Antwort als aufgegeben ansehe, Frankreich dagegen die Übererfüllung beizubehalten wünscht, scheint es nunmehr umgekehrt, daß man auf französischer Seite das Abkommen als tot anseht, während das an maßgebender englischer Seite vorläufig noch keineswegs ausgegeben wird.

Prinz Nikolaus in Carols Fußstapfen?

Der Vormund König Michaels verurteilt einen Standal.

Wien, 4. Oktober.

Wie der Berichterstatter des „Weltkapit“ in Großmünster meldet, hat Prinz Nikolaus, der jüngere Bruder des Kronprinzen Carol und Vormund des minderjährigen Königs Michael, in Begleitung einer Dame der Aristokratie fluchtartig Bulgare verlassen. Prinz Nikolaus und seine Geliebte ließen bei Carol in Paris zurück. Die Königin verurteilte vergeblich, den Prinzen zur Rückkehr nach Rumänien zu bewegen.

Die bulgarische Verfassung ist nicht von den Vorfällen nichts, die die rumänische Regierung alle Nachrichten hierüber unterdrückt und die Meldung verbreitet habe, Prinz Nikolaus habe eine Vergnügungsreise in das Ausland unternommen.

colorchecker CLASSIC

darf die Farben
nicht zu verändern,
sondern sicher zu dem
Wiederholungen.
den 5. Oktober.
in früherer Zeit
Ausschluß von Kon
hiesigen Sultus
Nuntius W.